

GESETZESINITIATIVE FÜR EINE WIRKSAME PRÄMIENVERBILLIGUNG

# Prämien runter!

Am 25. März 2009 wurden 3528 Unterschriften für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien bei der Staatskanzlei abgegeben. Rund anderthalb Jahre später liegt die Antwort des Regierungsrates samt Gegenvorschlag zur Beratung durch den Kantonsrat bereit. Evelyn Borer



Das Geschäft wurde bereits durch die kantonsrätlichen Fachkommissionen Sozial- und Gesundheitskommission Sogeko und Finanzkommission Fiko diskutiert und zuhänden des Kantonsrates verabschiedet. Beide Kommissionen lehnen sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag des Regierungsrates, der zumindest eine annehmbare Verbesserung der Prämienverbilligung beinhalten würde, in aller Deutlichkeit ab. In der Sogeko lautete die Begründung, für die Familien seien nun die Ergänzungsleistungen eingeführt und die Kinderzulagen seien verbessert worden. Das genüge zur Entlastung auch von Familien mit bescheidenen finanziellen Mitteln. Für Familien und Einzelpersonen mit knapp genügendem Einkommen sei damit genug getan. Die bürgerliche Mehrheit der Sogeko will also nichts tun, um das im Krankenversicherungsgesetz (KVG) postulierte sozialpolitische Ziel zu erreichen. Dass die Vertreterin der Grünen sich der Stimme enthielt, sei hier nur am Rande erwähnt.

## Prämien steigen weiter und weiter

Die Prämienlast steigt Jahr für Jahr. In der Presse werden jeweils ab September die ersten Prognosen

erstellt, wie viele Prozente es denn diesmal sein sollen – 8, 10 oder gar 12 Prozent Steigerung. Das Gesundheitswesen ist eine komplexe Geschichte, das wissen wir alle. Bundesrat Couchepin versuchte eine zu starke Steigerung der Prämien zu verhindern, indem er die Krankenversicherungen anwies, die Reserven aufzubrauchen. Dies gelang nur sehr bedingt, denn an sich änderte sich

## «Gleichzeitig wird damit auch die Kaufkraft gestärkt»

an der Steigerung der Gesundheitskosten nichts. Diese Reserven sind nun unter dem gesetzlichen Limit und müssen wieder angepasst, sprich erhöht werden. Damit wird auch gleich wieder ein Teil des Prämienanstiegs erklärt.

Bundesrat Burkhalter hat nun eine umfassendere Strategie oder zumindest die Absicht dargelegt, an den komplexen und kosten-treibenden Faktoren im Gesundheitswesen Änderungen herbeizuführen. Schön. Aber bis diese in den Räten, wenn überhaupt, durchkommen und dann auch noch greifen, wird einige Zeit verstreichen. Und so lange bleiben

die hohen Prämien bei den Versicherten «hängen».

## Gezielt entlasten und Kaufkraft stärken

Die Initiative der SP Kanton Solothurn zielt darauf ab, die Budgets von Familien mit Kindern, von jungen Menschen im Studium oder der Berufsausbildung, von Rentnerinnen und Rentnern mit geringem und knapp genügendem Einkommen, die durch die hohen Krankenkassenprämien stark belastet sind, wirksam zu entlasten. Gleichzeitig wird damit auch die Kaufkraft gestärkt.

In der Weltanschauung der bürgerlichen Politiker wird genügend getan zur Entlastung der betroffenen Personen. Nicht berücksichtigt wird aber, dass die Krankenversicherungsprämien nicht den einzigen Ausgabeposten im Gesundheitsbereich darstellen. Hinzu kommen die Aufwendungen für Franchise, Selbstbehalte, allfällige Kosten für präventive Behandlungen, – Medikamente und nicht zu vergessen die Kosten für Zahnbehandlungen und auch hier die wichtige Prävention bei Kindern und Erwachsenen. Alle diese Auslagen betreffen den Gesundheitsbereich, werden aber nur allzu gerne nicht erwähnt.

## Auf in den Abstimmungskampf

Gemäss der eidgenössischen Gesetzgebung resp. dem Willen der Räte sollte als sozialpolitisches Ziel, die finanzielle Belastung von Familien und Einzelpersonen im Gesundheitsbereich, acht Prozent der Ausgaben nicht überschreiten. Dieses Ziel wird klar nicht erreicht. Da die bürgerlichen Parteien den diskutierbaren Gegenvorschlag aber genauso vehement verwerfen wie die Initiative der SP Kanton Solothurn, müssen wir uns zum Kampf rüsten. Die Initiative der SP bringt wirksamere Prämienentlastungen und der Kanton Solothurn kann und muss sich diese Verbesserung für Familien und Einzelpersonen leisten.

Damit die Initiative und die damit verbundenen Verbesserungen am 13. Februar 2011 durchkommen, müssen wir mit Standaktionen auf die Strasse, mit Leserbriefen in die Zeitungen, um die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für unser Anliegen zu gewinnen.



Evelyn Borer  
Präsidentin  
SP Kanton Solothurn

## LOHNVERHANDLUNGEN

# Mehr Lohn: verdient, gerecht und nötig

**Trotz geringer Teuerung steigen die Lebenshaltungskosten für Arbeitnehmende ständig. Die Entwicklung der Krankenkassenprämien, notwendige Sozialabgaben und ständige Anpassungen von Gebühren reissen arge Löcher in die Budgets vieler Arbeitnehmenden. Gleichzeitig neigen ständig mehr Firmen dazu, anstelle nachhaltiger Lohnerhöhungen Einmalprämien oder Boni auszuzahlen. Im laufenden Jahr weist die Schweiz eine beeindruckende konjunkturelle Erholung mit bemerkenswerter Produktivitätssteigerung auf. Jetzt ist für Stabilität zu sorgen: Die Gewerkschaften fordern zwei bis drei Prozent mehr Lohn für alle, weil diese verdient, gerecht und notwendig sind!** Philipp Hadorn

Im Umfeld von erneut exzessiven Bezügen in obersten Führungsetagen wurden in den vergangenen Wochen die Lohnforderungen der Gewerkschaften an die Arbeitgeber eingereicht, zahlreiche Verhandlungsrunden sind durchgeführt und erste Abschlüsse erzielt.

## Die Mär vom Vorteil variabler Lohnbestandteile

Immer mehr Unternehmen drängen auf die Bezahlung von Einmalprämien. Dies kann aus unternehmerischer Sicht durchwegs Sinn machen. An guten Betriebsergebnissen sollen Beschäftigte teilhaben. Ergänzend zu langfristig erfolgtem Teuerungsausgleich und angepasster Partizipation der Mitarbeitenden an der Produktivitätssteigerung mittels Reallohnerhöhungen, ist dagegen auch nichts einzuwenden. Ersetzen Einmalzahlung aber die nachhaltige Sicherung der Kaufkraft, stel-



len diese nichts anderes als eine Risikoüberwälzung des Arbeitgebers auf die Angestellten dar. Oder sind Mietzinse oder Versicherungsprämien bei eingefrorenem Lohn zu senken? Die Überwälzung der unternehmerischen Risiken auf die Arbeitnehmenden ist nicht haltbar und darf für tiefe und mittlere Einkommen niemals zum Standard werden. Der stetige Anstieg der «Working Poor» in der Schweiz lässt bereits heute aufschrecken.

## Die Mär gerechter Leistungslöhne

Unbestritten gilt es als Arbeitnehmende Leistung zu erbringen. Eine gute Führungskraft nutzt regelmässige Mitarbeitergespräche dazu, nebst Befindlichkeit, Weiterbildung etc. auch über Arbeitsinhalt und -leistung zu reden. Ist dies allerdings an Lohnfolgen, gekoppelt wird es problematisch. Wer wird in einem Mitarbeitergespräch offen über seine Schwächen reden, wenn mit entsprechender Äusserung eine Lohnreduktion droht? Welcher Arbeitgeber kann in einem

Mitarbeitergespräch offen loben, wenn er unweigerlich Forderungen nach individueller Lohnerhöhung riskiert? Welcher Chef kann frei von Sympathien und Antipathien Mitarbeitende beurteilen?

Eine Unternehmung hat mit angepasster Betriebskultur dafür zu sorgen, dass die Mitarbeitenden motiviert sind, die bestmögliche Leistung zu erbringen. Leistungslohn erweist sich zunehmend als Motivationskiller und ist einem offenen und partnerschaftlichen Betriebsklima hinderlich. Zudem dienen angebliche Leistungslöhne heute weitgehend zur Rechtfertigung exzessiver Bezüge in den Teppichetagen.

## Die faire Antwort der Gewerkschaften

Die gewerkschaftlichen Lohnforderungen haben eine Tradition im Pragmatismus. Mit Augenmass werden bei der Erarbeitung der konkreten Lohnforderungen die generelle wirtschaftliche Si-

tuation, die Aussicht der Branche und die konkrete Situation der Unternehmung berücksichtigt. Gleichzeitig werden aber auch die Lebenshaltungskosten der Mitarbeitenden, deren Beteiligung an Produktivitätssteigerung und die Sicherung der Vorsorge berück-

**«Der stetige Anstieg der «Working Poor» lässt aufschrecken»**

sichtigt. Beim letzten Konjunkturaufschwung der Jahre 2004 bis 2008 kamen tiefe und mittlere Einkommen zu kurz. Die Mindestforderung von 150 Franken pro Monat soll Ausgleich schaffen. Jetzt braucht es einen Schritt zu einer stabilisierenden und gerechten Lohnpolitik: zwei bis drei Prozent – verdient, gerecht und nötig.



**Philipp Hadorn**  
Sekretär SEV, GL-Mitglied  
des Gewerkschaftsbundes  
Solothurn GbS, Kantons-  
und Gemeinderat

STEUERGERECHTIGKEITSINITIATIVE, ABSTIMMUNG VOM 28. NOVEMBER

# Ruinöser Steuerwettbewerb schadet allen

**Die Annahme der Steuergerechtigkeitsinitiative bedeutet für den Kanton Solothurn eine massgebliche Entlastung. Der Druck, ständig mit den Steueroasen wie Zug, Schwyz oder Nidwalden verglichen zu werden und einem ruinösen Steuerwettbewerb nacheifern zu wollen, fällt weg.** Susanne Schaffner

Die Eindämmung des Steuerdumpings für Reiche stärkt den Finanzausgleich zwischen den Kantonen (NFA), davon profitiert auch der Kanton Solothurn als Empfänger von NFA-Geldern. Die bisherigen Verlierer des Steuerwettbewerbs, die immer stärker belasteten mittleren Einkommen, werden entlastet statt immer mehr belastet.

## Vermögenssteuersenkung korrigieren

Die letzten Steuergesetzrevisoren waren im Kanton Solothurn davon geprägt, dem Druck der andern Kantone standzuhalten. Herausgekommen sind Steuerentlastungen für die Reichsten und die Vermögenden. Für die Entlastung der mittleren Einkommen ist dann kaum mehr etwas übrig geblieben. Im Jahr 2012 soll noch die letzte Tranche der Steuergesetzrevision in Kraft

treten, welche nochmals massive Vermögenssteuersenkungen beinhaltet, die bei Annahme der Steuergerechtigkeitsinitiative korrigiert werden müssten. Jedes Jahr mit einem einigermaßen guten Rechnungsergebnis lässt erneut Steuersenkungsgelüste aufkommen. Sparpakete werden von den bürgerlichen Parteien verlangt, damit die Steuern für die Reichen gesenkt werden können. Die Gemeinden mit ihren unterschiedlichen Ressourcen stehen ebenfalls unter dem Druck des masslosen Steuerwettbewerbs. Einige wenige, privilegierte Gemeinden können in unserem Kanton die Mehrheit mit tiefen Steuerfüssen unterbieten, was zu unerwünschten regionalen Disparitäten führt.

## Steuerautonomie bewahren

Die Steuergerechtigkeitsinitiative verankert in der Verfassung die minimalen Grenzsteuersätze für

kommunale und kantonale Einkommens- und Vermögenssteuern für steuerbare Einkommen von über 250 000 Franken. Weiter soll festgeschrieben werden, dass degressive Steuern verboten sind. Das schränkt weder die Steuerautonomie von Kanton und Gemeinden wesentlich ein, noch verhindert dies einen massvollen Steuerwettbewerb. Es bricht aber die Spitze des schädlichen Buhlens um die Reichsten und führt zu mehr Mitteln für den Finanzausgleich zwischen den Kantonen. Es verhindert auch, dass Kantone, welche Gelder aus dem Finanzausgleich des Bundes beziehen, trotzdem Steuerdumping betreiben können, wie dies heute nicht nur im Kanton Obwalden, sondern eben auch im Kanton Solothurn, was die Vermögenssteuern betrifft, der Fall ist.

## Mittelstand entlasten

Diese massvolle Begrenzung des Steuerdumpings soll dazu füh-

ren, dass Kanton und Gemeinden nicht aus Wettbewerbsüberlegungen ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen oder ihre Leistungen über höhere Gebühren verteuern. Diese Entwicklung belastet vor allem die mittleren Einkommen, welche weder von Vergünstigungen noch von wesentlichen Steuersenkungen profitieren. Sie sind mehr als andere betroffen, weil sie überall den vollen Preis bezahlen, sei es für Bildung, Kultur oder andere staatliche Leistungen. Statt dass

**«Herausgekommen sind Steuerentlastungen für die Reichsten und die Vermögenden»**

sie auch etwas zurückerhalten, für die doch recht vielen abgelieferten Steuerfranken, werden die Leistungen reduziert und erst noch teurer. Und im Gegensatz zu den Superreichen können gerade Familien nicht einfach den Wohnort wechseln.

## Leistungen verbessern

Ihre Attraktivität steigern können Gemeinden und Kantone, wenn sie sich mit Leistungen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Kinderbetreuung profilieren und kostenpflichtige Leistungen für alle bezahlbar sind. Tiefe Steuern für die Reichsten lassen Boden- und Immobilienpreise steigen und als Folge werden Wohnkosten für mittlere und kleine Einkommen unbezahlbar.

Die Initiative bringt mehr Steuergerechtigkeit und davon profitieren kleine und mittlere Einkommen. Die Solidarität unter Kantonen und Gemeinden wird gestärkt und der Ausgleich zum Wohle von allen, verstärkt.



**Susanne Schaffner**  
Kantonsrätin  
und Präsidentin  
der Finanzkommission



## SP-Frauen erobern Schloss Neu-Bechburg

Mit Barbara Berger, Sekretärin der SP-Frauen Schweiz, konnten die SP-Frauen des Kantons Solothurn eine Referentin begrüßen, die versiert über aktuelle Themen und das Engagement von Frauen in der Politik informierte. Ganz zentral waren die bevorstehenden Ersatzwahlen für den Bundesrat. Vor allem zu reden gab die Presseberichterstattung im Vorfeld der Wahlen, die neue Dimensionen erreichte. Das Referat von Barbara Berger löste angeregte Diskussionen aus, die im Anschluss an den offiziellen Teil munter weitergeführt wurden. Einige der teilnehmenden Frauen machten vom Angebot einer Führung durch das Schloss Gebrauch und informierten sich über dessen abwechslungsreiche Geschichte.

Rund 20 Frauen folgten der Einladung zum Treffen der SP-Frauen Kanton Solothurn. Der Anlass war, abgesehen von der etwas bescheidenen Teilnehmerzahl, ein Erfolg und wird sicher eine Wiederholung erfahren.

Ich danke herzlich Barbara Berger für das spannende Referat, Fränzi Burkhalter und Nik Wepfer für die Unterstützung bei der Organisation des Anlasses.

**Evelyn Borer**  
Präsidentin SP Kanton Solothurn

## IMPRESSUM

SP Kanton Solothurn  
Rossmarktplatz 1  
Postfach 1555  
4502 Solothurn  
Telefon 032 622 07 77  
E-Mail info@sp-so.ch  
Adressänderungen bitte direkt an:  
linksabo@spschweiz.ch

Etwas gehört? Etwas gesehen?  
Schreib deine Meinung oder einen  
Leserbrief an: niklaus.wepfer@sp-so.ch

Redaktionsschluss für den Regionalteil  
Solothurn der nächsten Ausgabe:  
Donnerstag, ●●. ●●● 2010  
Die nächste Ausgabe erscheint  
Am ●●. ●●● 2010

## Rosenfest 2010 in Starrkirch-Wil

Rund 60 Mitglieder und Freunde besuchten das diesjährige Rosenfest der Amtei Olten-Gösgen in Starrkirch-Wil. Bei prächtigem Wetter durfte die Badi benutzt werden. Zudem standen Pétanque, Bodenschach, Mühle und der grosse Spielplatz zur Verfügung.



Der Vorstand der SP Starrkirch-Wil dekorierte die Tische zum Thema Rosenfest und Herbst. Für das leibliche Wohl sorgten die vielen feinen Salate, welche die Mitglieder der Sektion vorbereitet hatten. Dazu gabs Bratwurst, Cervelats und Steaks vom Grill. Die Anwesenden diskutierten, politisierten und genossen den schönen Abend im Freien. Der gelungene Anlass wurde abgerundet mit Kaffee und diversen selbstgebackenen Kuchen.

**Manfred Peier und Jeanette Brotzer-Dinkel**



## Ida Salvetti als SP-Kandidatin für das Amtsgerichtspräsidium Solothurn Lebern

Die Amteipartei Solothurn-Lebern nominierte Ende September die Oberdörfer Rechtsanwältin Ida Salvetti Heim als Kandidatin für die Amtsgerichtspräsidentenwahl von Ende November. Sie will damit den Sitz verteidigen, der durch den altersbedingten Rücktritt von Dr. Daniel Wormser frei wird. Ida Salvetti ist eine überzeugende Kandidatin, die alle Voraussetzungen für das anspruchsvolle und wichtige Amt mitbringt. Sie kennt unsere Amtei, ist hier aufgewachsen und verankert. Als selbstständige Rechtsanwältin und Notarin ist sie erfahren im Zivil- und im Strafrecht und weiss um die Sorgen und Nöte der Rechtsuchenden. Durch ihre mehrjährige Tätigkeit an verschiedenen Solothurner Gerichten kennt sie die Solothurner Justiz ausgezeichnet und weiss, was es bedeutet, Richterin zu sein: Zuzuhören, die Rechtsuchenden ernst zu nehmen und mit ihnen nach gütlichen Lösungen zu suchen. Wo dies nicht möglich ist, ist es die Aufgabe einer Gerichtspräsidentin, Recht zu sprechen. Dass ihr das liegt, hat sie als ausserordentliche Gerichtsstatthalterin mehrfach bewiesen.

**Markus Schneider**  
Präsident der Amteipartei Solothurn/Lebern und Kantonsrat, Solothurn

## Herzliche Gratulation zur Hochzeit



Anne Schöni und Kantonsrat und GL-Mitglied Hans-Jörg Staub, Dornach.